

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 23.05.2024
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:35 Uhr
Ort, Raum: Bürgerhaus Hohe Luft, Schlosserstraße 30, 36251
Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Lothar Seitz
Frau Michaela Birnbaum
Herr Sahin Cenik
Frau Barbara Eckhardt
Herr Gerhard Finke
Herr Dr. Thomas Handke ab TOP 12
Herr Werner Herbert
Herr Timo Kirsch
Frau Amy Petzel
Herr Uwe Seitz
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth
Herr Andreas Rey
Herr Jan-Ulrich Saal
Herr Thomas Schaffert
Frau Silvia Schoenemann
Herr Jonas Seitz
Herr Lars Olaf Ullrich
Herr Frank Berg bis TOP 15
Herr Bernd Böhle
Herr Rolf Malachowski
Herr Dieter Göbel
Herr Karl-Heinz Hüter
Herr Thomas Bös
Frau Doris Hoffmann
Herr Klaus-Dieter Stahr-Zimmermann
Frau Andrea Zietz
Herr Michael Barth
Herr Jürgen Richter
Herr Noah Seitz
Herr Armin Leckel
Herr Hasan Sekerci

vom Magistrat

Frau Anke Hofmann
Herr Gunter Grimm
Herr Marc Eidam
Herr Günter Exner
Frau Antje Fey-Spengler
Herr Dr. Rolf Göbel
Herr Dirk Siebert
Frau Ayse Gül Tas-Dogan
Herr Hans Georg Vierheller

bis TOP 16

von der Verwaltung

Herr Meik Ebert
Herr Frank Effenberger
Herr Christian Helfrich
Herr Jerome Sauer
Frau Angelina Tejkl
Herr Johannes van Horrick
Herr Nils Bernhardt
Herr Fabian Claus
Herr Matthias Heyer
Frau Carmen Seitz
Herr Torsten Wiegand

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Thomas Daube
Frau Heike Busse
Herr Sebastian Liebau
Frau Alexandra Weirich
Herr Björn Diegel
Herr Hans-Jürgen Schülbe
Herr Johannes Vierheller

Tagesordnung:

- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2024**
- 4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**
- 5. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2024 gemäß § 28 GemHVO**
1001/20
- 6. Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung der Jahresrechnungen 2017 und 2018 - Entlastungserteilung gemäß § 114 Abs. 1 HGO**
0996/20
- 7. Statusberichte Investitionsprojekte Stand: April 2024**
0989/20
- 8. Aufstellungsbeschluss für die jeweilige 1. Änderung der Bebauungspläne Nr. 15a "Werbeanlagen B62 - Asbach", Nr. 15b "Werbeanlagen Homberger Straße" und Nr. 15c "Werbeanlagen B62 - Sorga"**
0995/20
- 9. Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6.9.1 "Ehemalige Kaserne" der Kreisstadt Bad Hersfeld**

hier: 1. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 6.9.1 "Ehemalige Kaserne" - 1. Änderung
2. Beschluss über die Durchführung des Bauleiplanverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 6.9.1 "Ehemalige Kaserne" - 1. Änderung nach § 13 BauGB gemäß §§ 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB
0994/20
- 10. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 4.11 "Homberger Straße - Dippelstraße" - 3. Änderung**

hier: 1.) Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und

Hinweisen.

2.) Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 4.11 "Homberger Straße - Dippelstraße" - 3. Änderung mit Begründung als Satzung.

3.) Beschluss zur amtlichen Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 4.11 "Homberger Straße - Dippelstraße" - 3. Änderung als Satzung

0990/20

11. **Bebauung von Flächen an der Geistalschule**
0992/20
12. **Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Herstellung eines Kreisverkehrsplatzes am Knotenpunkt Heinrich-von-Stephan-Straße / Max-Becker-Straße**
0986/20/1
- 12.1. **Änderungsantrag der SPD- und CDU-Stadtverordnetenfraktion**
13. **Mögliche Veräußerung der städtischen Liegenschaft (in der Kernstadt) Flur 43, Flurstück 946/3, Größe 410,00 m²**
0984/20
14. **Antrag des fraktionslosen Stadtverordneten Hasan Sekerci betreffend "Migration als Chance"**
0937/20
15. **Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion betreffend Verpachtung von Flächen für PV-Anlagen**
0940/20
16. **Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Wochenendmarkt am Linggplatz**
1007/20
17. **Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld**
18. **Anfrage der FWG-Stadtverordnetenfraktion betreffend Cannabis-Legalisierung**
AF/0040/20
19. **Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Oberflächenwiederherstellung nach Verlegung von Glasfaserleitungen**
AF/0041/20
20. **Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Öffnung der Bike-Stationen im Schildepark und an der Lutherstraße**

AF/0042/20

- 21. Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Baugebiet Kalkobes, hier: weiteres Verfahren nach B-Plan-Beschluss**
AF/0043/20
- 22. Beantwortung der Anfrage der FWG-Stadtverordnetenfraktion betreffend Cannabis-Legalisierung**
AF/0040/20/1
- 23. Beantwortung der Anfrage der Stadtverordnetenfraktion Die Grünen betreffend Thema Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität**
AF/0039/20/1
- 24. Beantwortung der Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Antragstellung Städtebauförderung**
AF/0037/20/1
- 25. Beantwortung der Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Bau und Verkehrsführung Klinikum Bad Hersfeld**
AF/0038/20/1

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde bei Tagesordnungspunkt 12 von 18.37 Uhr bis 18.46 Uhr für Beratungen des Ältestenrates unterbrochen.

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Seitz eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt Beschlussfähigkeit sowie den ordentlichen Zugang der Ladung fest. Die Stadtverordneten Vierheller, Schülbe, Diegel, Liebau, Busse, Weirich und Daube sind entschuldigt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Ältestenrat empfiehlt, lediglich die TOPs 12 und 13 mit Aussprache zu beraten. Weitere Einwendungen liegen nicht vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

zu 3 Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2024

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift ist somit festgestellt.

zu 4 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Seitz verweist auf das 75 jährige Jubiläum des Grundgesetzes und stellt seine Bedeutung für die Selbstverwaltung der Kommunen heraus. Er verweist auf die Verpflichtung der Länder und des Bundes die Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten damit diese ihre Aufgaben erfüllen können.

zu 5 Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2024 gemäß § 28 GemHVO 1001/20

Beschluss:

Der Bericht über die Haushaltsentwicklung zum 29.04.2024 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 6 Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung der
Jahresrechnungen 2017 und 2018 - Entlastungserteilung gemäß §
114 Abs. 1 HGO
0996/20**

Beschluss:

Der Schlussbericht der Rechnungsprüfung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg über die Prüfung der Jahresrechnungen zum 31.12.2017 und 31.12.2018 und der Rechenschaftsberichte der Kreisstadt Bad Hersfeld wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß § 114 Abs. 1 HGO werden die geprüften Jahresrechnungen 2017 und 2018 beschlossen und dem Magistrat Entlastung erteilt.

einstimmig beschlossen

**zu 7 Statusberichte Investitionsprojekte Stand: April 2024
0989/20**

Beschluss:

Von den Statusberichten zu Investitionsprojekten Stand: Februar 2024 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 8 Aufstellungsbeschluss für die jeweilige 1. Änderung der
Bebauungspläne Nr. 15a "Werbeanlagen B62 - Asbach", Nr. 15b
"Werbeanlagen Homberger Straße" und Nr. 15c "Werbeanlagen B62 -
Sorga"
0995/20**

Beschluss:

1.) Für die beabsichtigten Bebauungspläne

- a. Nr. 15a „Werbeanlagen B62 – Asbach“ – 1. Änderung
- b. Nr. 15b „Werbeanlagen Homberger Straße“ – 1. Änderung
- c. Nr. 15c „Werbeanlagen B62 – Sorga“ – 1. Änderung

wird der Aufstellungsbeschluss sowie der Beschluss zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gefasst. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

einstimmig beschlossen

zu 9 Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6.9.1 "Ehemalige Kaserne" der Kreisstadt Bad Hersfeld

**hier: 1. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 6.9.1 "Ehemalige Kaserne" - 1. Änderung
2. Beschluss über die Durchführung des Bauleitplanverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 6.9.1 "Ehemalige Kaserne" - 1. Änderung nach § 13 BauGB gemäß §§ 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB 0994/20**

Beschluss:

1. Zum beabsichtigten Bebauungsplan Nr. 6.9.1 „Ehemalige Kaserne“ - 1. Änderung wird der Aufstellungsbeschluss sowie der Beschluss zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gefasst. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

2. Beschluss über die Durchführung des Bauleitplanverfahrens für den Bebauungsplan „Ehemalige Kaserne“ - 1. Änderung gemäß §§ 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB.

einstimmig beschlossen

zu 10 Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 4.11 "Homberger Straße - Dippelstraße" - 3. Änderung

**hier: 1.) Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der förmlichen Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen.
2.) Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 4.11 "Homberger Straße - Dippelstraße" - 3. Änderung mit Begründung als Satzung.
3.) Beschluss zur amtlichen Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 4.11 "Homberger Straße - Dippelstraße" - 3. Änderung als Satzung 0990/20**

Beschluss:

1) Die in den Anlagen befindlichen Empfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen werden zur Kenntnis genommen. Die vorgeschlagene Abwägung der vorgenannten Punkte wird beschlossen.

2) Der Bebauungsplan Nr. 4.11 „Homberger Straße – Dippelstraße“ - 3. Änderung wird in der vorliegenden Form als Satzung beschlossen und die Begründung hierzu gebilligt.

3) Der Bebauungsplan wird gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht und tritt damit in Kraft.

einstimmig beschlossen

**zu 11 Bebauung von Flächen an der Geistalschule
0992/20**

Beschluss:

Von der Planung wird Kenntnis genommen. Die Beibehaltung der bisherigen Festsetzung im Flächennutzungsplan als Gemeinwohlfäche wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

**zu 12 Überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Herstellung eines
Kreisverkehrsplatzes am Knotenpunkt Heinrich-von-Stephan-Straße /
Max-Becker-Straße
0986/20/1**

Die Ausschussvorsitzenden Bös und Vollmar berichten aus den vorausgegangenen Beratungen. Her Richter meldet sich mit einem geschäftsordnungsbetrag und stellt klar, dass es sich hier nicht um einen Änderungsantrag sondern um einen konkurrierenden Hauptantrag handelt. Das weitere verfahren wird während einer Sitzungsunterbrechung im Ältestenrat beraten.

In der anschließenden Beratung besteht Einvernehmen, das eine Kreisverkehrsanlage an dieser Stelle Sinn macht. Da es jedoch notwendige Maßnahmen gibt, soll zunächst eine Verkehrsplanung für das Gesamtgelände erfolgen und zu den Mittelberatungen vorgelegt werden.

Beschluss:

Die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 450.000 € für die Herstellung des Kreisverkehrsplatzes Heinrich-von-Stephan-Straße wird beschlossen. Die Deckung erfolgt durch bereitgestellte Mittel gem. dem Deckungsvorschlag (s. Anlage) des FB Finanzen.

einstimmig abgelehnt

Einstimmig abgelehnt bei einer Enthaltung aus der Grünen-Fraktion.

zu 12.1 Änderungsantrag der SPD- und CDU-Stadtverordnetenfraktion

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu der Verantwortung, dass die Heinrich-von-Stephan-Straße in Verbindung mit dem gesamten Rechberg-Gelände einer verkehrsplanerischen und städtebaulichen Veränderung bedarf.
2. Zur Umsetzung dieser Verantwortung wird der Magistrat beauftragt,
 - Ein verkehrliches Gesamtkonzept für das Rechberg-Gelände inklusive der Ein- und Ausfahrten zu den Parkplätzen der in dem Gebiet befindlichen Märkte zu erstellen.
 - Hierbei sind folgende Grundlagen/Aspekte zu berücksichtigen:

- o Vorgaben des Masterplan Mobilität und Verkehr „HEF-Mobil“
 - o dem Fuß- und Rad-Verkehr ist ein höherer Stellenwert zu geben, als in der bisherigen Planung vorgesehen
 - o das sich aus der Ansiedlung des EDEKA-Marktes ergebende Verkehrsaufkommen
 - Ein Sanierungskonzept/-programm für den Bereich zu erstellen.
 - Mit dem Haushaltsplan 2025 und dem Investitionsprogramm für die folgenden Jahre die für das Sanierungsprogramm erforderlichen Mittel einzuplanen.
 - Das verkehrliche Gesamtkonzept mit Sanierungskonzept /-programm bis zum Sitzungszug der Stadtverordnetenversammlung am 12.09.2024 vorzulegen
3. Die von der Verwaltung angedachten Deckungsmittel sind für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes zu verwenden.
 4. Die erforderlichen Arbeiten zur Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht sind aus Mitteln der Straßenunterhaltung durchzuführen.

einstimmig beschlossen in der geänderten Fassung

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung aus der Grünen-Fraktion.

zu 13 Mögliche Veräußerung der städtischen Liegenschaft (in der Kernstadt) Flur 43, Flurstück 946/3, Größe 410,00 m² 0984/20

Beschluss:

Der Verkauf des im Betreff genannten Objektes zu den im Sachverhalt genannten Konditionen an den im Sachverhalt benannten Investor wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

zu 14 Antrag des fraktionslosen Stadtverordneten Hasan Sekerci betreffend "Migration als Chance" 0937/20

Beschluss:

Migration als Chance

Das Stadtparlament möge beschließen:

1. Wir erkennen an, dass die fortwährenden Migrationsbewegungen unsere Gesellschaft vor zunehmende Herausforderungen stellt. Unser Bestreben ist, dass alle Menschen, die nach Bad Hersfeld kommen, in unserer Stadt in Würde und Selbstbestimmung leben können.
2. Wir unterstützen alle, die sich Tag für Tag darum bemühen, den neu in unsere Stadt kommenden Menschen ein angemessenes Willkommen zu bereiten und die unmittelbaren Bedürfnisse, insbesondere nach einer angemessenen Unterkunft, zu befriedigen. Wir hoffen, dass wir in Bad Hersfeld große Gemeinschaftsunterkünfte auch in Zukunft vermeiden können.

3. Wir wollen ein gutes Miteinander und fordern Magistrat und Fraktionen auf, notwendige Mittel zur Verfügung zu stellen, damit eine gute Integration und ein gutes Miteinander gewährleistet werden können. Darüber hinaus müssen wir die Bürgerinnen dazu motivieren, Menschen nicht vorzuverurteilen und für Akzeptanz in unserer Gesellschaft zu sorgen, – ungeachtet der jeweiligen Herkunft der Menschen. Diskriminierungen gleich welcher Art sind in unserer Stadt fehl am Platz.

4. Abschiebungen von Menschen und ihren Familien, die einer Ausbildung oder Arbeit nachgehen, müssen aufhören. Menschen, die qualifiziert sind und die Motivation aufbringen sich in unserem Land und speziell in unserer Region einzusetzen und ihren Beitrag zu leisten, sollten nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Aus unserer Sicht muss beides möglich sein: Die Potenziale von Zuwanderung zu erschließen und parallel um gezielte Fachkräfte-Zuwanderung werben.

mehrheitlich abgelehnt

Gegen den Antrag stimmten die 11 Mitglieder der SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, ein Mitglied der Grünen-Fraktion, die FDP-Fraktion, die FWG-Fraktion und die UBH-Fraktion. Für den Antrag stimmten Herr Sekerci. Der Stimme enthalten haben sich 3 Mitglieder der Grünen-Fraktion, ein Mitglied der SPD-Fraktion und Herr Leckel.

zu 15 Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion betreffend Verpachtung von Flächen für PV-Anlagen 0940/20

Beschluss:

Die FWG – Fraktion beantragt gemäß § 12 der Geschäftsordnung, dass die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat bitten möge, alle verfügbaren Flächen die sich im städtischen Besitz sowie im Besitz ihrer Gesellschaften befinden und sich für die Installation von PV – Anlagen eignen, zu erfassen. Dabei sollen Frei.- Dach.- und Fassadenflächen berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss Stadtplanung, Umwelt und Klima bis zum 31.08.2024 vorzulegen.

einstimmig beschlossen

zu 16 Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Wochenendmarkt am Linggplatz 1007/20

Herr Dr. Handke begründet den Antrag. Herr Rey unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion bitte jedoch darum, den Standort offen zu lassen und auch eine Indoorlösung (Markthalle) mit zu untersuchen. Der Linggplatz ist durch zahlreiche Veranstaltungen an Samstage belegt, von daher wäre es sinnvoll, auch andere innerstädtische Standorte zu untersuchen, um den Linggplatz als Veranstaltungsfläche weiter nutzen zu können.

Bürgermeisterin Hofmann erläutert die laufenden Planungen der Stadtverwaltung und auf den heute erstmalig stadtgefundenen Fast-Food Markt in der Breitenstraße. Die Antragsänderung der CDU-Fraktion wird von der antragstellenden Fraktion übernommen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, einen Wochenendmarkt in Bad Hersfeld zu etablieren. Es sollen Indoor und Outdoormöglichkeiten geprüft werden.

Der Magistrat wird daher beauftragt, die planerischen Vorarbeiten für einen „Wochenendmarkt“ in Bad Hersfeld zu erbringen.

Eine Marktanalyse ist einzuholen, geeignete Anbieter sind ausfindig zu machen, sonstige planerische Leistungen festzustellen und die Kosten zu eruieren.

Dem Haupt- und Finanzausschuss ist über das Ergebnis zu berichten.

einstimmig beschlossen in der geänderten Fassung

**zu 17 Änderung der Geschäftsordnung für die
Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld**

Beschluss:

einstimmig beschlossen

**zu 18 Anfrage der FWG-Stadtverordnetenfraktion betreffend Cannabis-
Legalisierung
AF/0040/20**

Beschluss:

Beantwortung erledigt

**zu 19 Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend
Oberflächenwiederherstellung nach Verlegung von
Glasfaserleitungen
AF/0041/20**

Beschluss:

verwiesen in Magistrat

**zu 20 Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Öffnung der
Bike-Stationen im Schildepark und an der Lutherstraße
AF/0042/20**

Beschluss:

verwiesen in Magistrat

**zu 21 Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Baugebiet
Kalkobes, hier: weiteres Verfahren nach B-Plan-Beschluss
AF/0043/20**

Beschluss:
verwiesen in Magistrat

**zu 22 Beantwortung der Anfrage der FWG-Stadtverordnetenfraktion
betreffend Cannabis-Legalisierung
AF/0040/20/1**

Beschluss:
Die Beantwortung der Anfrage wird festgestellt.

Beantwortung erledigt

**zu 23 Beantwortung der Anfrage der Stadtverordnetenfraktion Die Grünen
betreffend Thema Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität
AF/0039/20/1**

Ergänzend erläutert Bürgermeisterin Hofmann die Maßnahmen, welche die Stadt bereits durchgeführt, geplant und auf den Weg gebracht hat.

Ebenso werden derzeit Sanierungsfahrpläne für fünf kommunale Liegenschaften (u.a. Hauptfeuerwache Wehneberger Straße und Stadthalle) erarbeitet, deren bauliche Umsetzungen in den städtischen Haushalt (Investitionsprogramm) der Folgejahre aufgenommen werden sollen.

Übergeordnet wird das Investitionsvolumen für die klimaneutrale Umstellung der Heizungssysteme (alle beheizten Gebäude in Bad Hersfeld) und der zug. Versorgungsstruktur auf allen Ebenen (Immobilienbesitzer, Unternehmen, Kommune, Versorgungsunternehmen) auf einen Betrag von oberhalb von 1 Milliarde Euro geschätzt.

Die kommunale Wärmeplanung solle auf den Weg gebracht werden.

Beschluss:
Die Beantwortung der Anfrage wird festgestellt.

Beantwortung erledigt

**zu 24 Beantwortung der Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion
betreffend Antragstellung Städtebauförderung
AF/0037/20/1**

Beschluss:
Die Beantwortung der Anfrage wird festgestellt.

Beantwortung erledigt

**zu 25 Beantwortung der Anfrage der SPD-Stadtverordnetenfraktion
 betreffend Bau und Verkehrsführung Klinikum Bad Hersfeld
 AF/0038/20/1**

Beschluss:

Die Beantwortung der Anfrage wird festgestellt.

Beantwortung erledigt

gez Lothar Seitz
Stadtverordnetenvorsteher

gez. Rudolf Dahinten
Protokollführer